

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 12.10.2010**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)
Zeit:	17:00 Uhr bis 19:15 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	ab 17:15 Uhr
Herr Roland Hildebrandt	CDU	Vertreter für Herrn Bauersfeld
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Vertreterin für Herrn Lange
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Jürgen Zschocke	Verw	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Dr. Regine Stark	SKE	

Es fehlten:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	Vertreter: Herr Roland Hildebrandt
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	Vertreterin: Frau Ute Haupt
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr John Dauert	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	
Herr Michael Rautzenberg	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.09.2010
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept vorsorglich in Abhängigkeit der Entscheidung im Stadtrat am 29.09.2010; Unterlagen bitte mitbringen)
Vorlage: V/2010/09122
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09091
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht zum Übergangsmanagement Hort-Grundschule und Sprachstandsfeststellung in der KITA
- 7.2. Umsetzung Konjunkturpaket II
- 7.3. Bericht des Rechtsamtes zur Definition Geschwisterkinder
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schachtschneider begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder. Die Tagesordnung ist den Ausschussmitgliedern planmäßig zugegangen, der Ausschuss ist beschlussfähig und Herr Schachtschneider eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Trömel beantragt den Punkt 4.1 Nachtragssatzung, Nachtragshaushalt und Konsolidierung getrennt zu behandeln.

Herr Böhnke empfiehlt den Tagesordnungspunkt als Ganzes zu behandeln.

Herr Schachtschneider befürwortet den Antrag von Herrn Trömel.

Herr Böhnke: Bei den Förderschulen gibt es die Verbindung von Konsolidierung und Nachtragshaushalt. Die Beschlussvorlage Förderschulen wird zurückgezogen und im Bildungsausschuss November eine neue Vorlage eingebracht, die sich nur noch auf die Förderschule Jägerplatz beziehen wird.

Frau Dr. Sitte: Aus der Sicht der LINKEN gibt es einen weiteren Punkt, die Schülerbeförderung. Es erschließt sich nicht, wie auf die Summe gekommen wurde. Frau Dr. Sitte bittet darum, den Nachtragshaushalt und die Konsolidierung zu trennen.

Herr Böhnke: Es gibt eine Auflage des Landesverwaltungsamtes, der Nachtragshaushalt darf nur in Verbindung mit Haushaltskonsolidierung beschlossen werden.

Herr Trömel möchte wissen, ob für die Schülerbeförderung eine Änderung der Satzung im Rahmen der Konsolidierung notwendig ist.

Herr Böhnke antwortet: Das Schulverwaltungsamt hat geprüft, ob dazu eine Änderung der Satzung nötig ist und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass keine Änderung der Satzung notwendig ist.

Herr Schachtschneider schlägt vor, dass zum Punkt 4.1 getrennt abgestimmt wird, und zwar wie folgt:

- 4.1 a Nachtragshaushalt, Nachtragshaushaltssatzung,
- 4.1 b Haushaltskonsolidierung

Abstimmung:

Einstimmig zugestimmt

Herr Hildebrand informiert, dass der Tagesordnungspunkt 7.1 Bericht zum Übergangsmanagement Hort-Grundschule und Sprachstandsfeststellung in der KITA abgesetzt wird und durch eine Mitteilung über die Rücknahme der Beschlussvorlage Förderschulen ersetzt.

Herr Trömel bittet darum den Tagesordnungspunkt 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt", Vorlage: V/2010/09091, auf den November zu vertagen.

Abstimmung:

Einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.09.2010

Frau Meißner mahnt, dass die Nachreichung der schriftlichen Kosten noch fehlt.

Herr Trömel wartet noch auf die Beantwortung seiner Frage zu Gastschulbeiträgen.

Abstimmung:

<i>Ja- Stimmen</i>	5
<i>Nein-Stimmen</i>	
<i>Enthaltungen</i>	4

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Nachtragssatzung, Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierungskonzept vorsorglich in Abhängigkeit der Entscheidung im Stadtrat am 29.09.2010; Unterlagen bitte mitbringen) Vorlage: V/2010/09122

Herr Böhnke führt verschiedene Informationen zum Nachtragshaushalt aus:

- Bis zur S. 102 sind Maßnahmen aufgeführt, die bereits durch den Stadtrat beschlossen wurden.
- Maßnahmen, die noch zu erbringen sind, werden ab S. 100 dargestellt.
- Bei der Schülerbeförderung wurde eine Änderung durchgeführt, bisher wurde die Rechnung in einer Summe gezahlt, es wurde eine Splittung vorgenommen, dass die eine Summe in diesem Jahr gezahlt wird, die zweite Hälfte im nächsten Jahr.

- Parallel dazu laufen Gespräche mit der HAVAG, um den Ticketpreis zu reduzieren.
- S. 15 des Vermögenshaushaltes des Nachtragshaushaltes beinhaltet eine Reduzierung des Investzuschusses.
- S. 102 Maßnahme – Absenkung der Kosten der Schülerbeförderung: Es wird der Verwaltung nicht möglich sein, diese Summe zu erbringen. Wenn wir diese Summe der Einsparung nicht erreichen, wird im Haushalt des Schulverwaltungsamtes eine Deckung dafür gesucht. Das Schulverwaltungsamt ist beauftragt nach Möglichkeiten der Deckung zu suchen. Eine Differenz wird in jedem Fall bestehen bleiben.
- Maßnahme 98 – Reduzierung der Förderschulen auf die notwendigen Bedarfe: Hierzu gab es eine Rücksprache mit dem Landesverwaltungsamt. Der Beigeordnete hat bereits mit einigen Landkreisen, den Schuldezernenten, wegen der Erhöhung der Gastschulbeiträge gesprochen. Die Resonanz bei den Landkreisen ist gut, es stehen noch 3 Gespräche aus. Als künftiger Gastschulbeitrag werden ca. 1.500 € pro Schüler angepeilt, das entspricht 50 % der realen Kosten.

Frau Haupt merkt an, dass 10.000 € und 15.000 € - wie bereits im Stadtrat beschlossen, zu den Einsparungen dazukommen.

Herr Böhnke bestätigt, die 25 T€ müssen zu den Einsparungen dazu addiert werden.

Frau Dr. Sitte fragt: Die Rechnung wird in diesem Jahr nur zur Hälfte gezahlt, warum hat sich die HAVAG dazu bereiterklärt?

Herr Böhnke antwortet: Es wurde lediglich eine Splittung des Betrages vorgenommen. Die Verhandlungen mit der HAVAG betreffen das Schuljahr 2011/12, wir haben im nächsten Jahr eine vertragliche Verpflichtung gegenüber der HAVAG.

Herr Hildebrand: Der Vertrag wurde zwischen der Oberbürgermeisterin und der HAVAG geschlossen. Der Vertrag gilt für das nächste Jahr, es gibt eine Option auf die Fortführung dieser Zahlungsweise.

Herr Trömel fragt nach der Summe, die als tatsächliche Einsparung angedacht ist.

Herr Böhnke antwortet, dass es noch keine abschließende Summe gibt, es werden aber bestimmt keine 1,2 Mio. €. Die Summe wird sicher darunter liegen, bei der individuellen Beförderung von behinderten Kindern ist eine voraussichtliche Einsparung von 100.000 € möglich.

Frau Dr. Sitte möchte wissen, ob es bei den Einsparungen beim Schülertransport eine Zahl von Schülerinnen u. Schülern gibt, über die gesprochen wird.

Herr Zschocke informiert, dass es sich dabei um ca. 100 Kinder handeln könnte, die dann den Schulweg auf eine andere Weise zurücklegen. Nach Abschluss der amtsärztlichen Begutachtung wird der Bildungsausschuss informiert.

Herr Senger möchte wissen, worauf sich diese Zahl bezieht.

Herr Zschocke antwortet: Die Zahl bezieht sich auf die ersten Ergebnisse unter Berücksichtigung der neuen Variante – Die Zahl bezieht sich auf die alte Zahl von 2009.

Frau Dr. Sitte fragt ob es bereits Signale des Landes zur Veränderung des ÖPNV-Gesetzes gibt. Frau Dr. Sitte möchte wissen, wo die Gastschulbeiträge im Nachtragshaushalt auffindbar sind.

Herr Hildebrand erklärt, dass die Frage zum ÖPNV an Dez. I und II zur Beantwortung weitergeleitet werden muss. Die Antwort soll im Finanzausschuss erfolgen.

Herr Hildebrand erläutert, dass die Gastschulbeiträge nur im normalen Haushalt, nicht im Nachtragshaushalt zu finden sind.

Herr Zschocke erläutert die Zusammensetzung der 25.000 €. Diese ergeben sich aus Einsparung von 2 € pro Schülerfahrkarte = 10 T€ und 15 T€ aus der rückläufigen Entwicklung der Fahrtkosten für den obligatorischen Unterricht. Diese ergibt sich auch der konsequenten Nutzung von Gruppenfahrkarten für diese Fahrten.

Herr Wätzel informiert, dass es bereits ein Austauschblatt gibt, das sicher zur nächsten Finanzausschusssitzung ausgegeben wird.

Herr Trömel kritisiert, dass diese Austauschblatt noch nicht vorliegen.

Frau Dr. Sitte fragt, ob sich auf Seite 89 ein Druckfehler im oberen Bereich befindet.

Herr Wätzel bejaht die Frage und erklärt, es ist entscheidend, was unten in den Jahresscheiben steht. Der Fehler ist bekannt, kann aber erst im nächsten Jahr korrigiert werden.

Herr Senger mahnt an, dass er nur 3 Seiten des Nachtragshaushaltes erhalten hat und sich nicht ordentlich vorbereiten konnte.

Herr Böhnke erklärt, dass die sachkundigen Einwohner in allen Ausschüssen nur diese Blätter erhalten haben. Es ist ein öffentliches Dokument und es besteht grundsätzlich die Möglichkeit die Vorlage z. B. im Internet einzusehen.

Herr Schachtschneider ist der Meinung, es muss eine Vorlage sein, die auch gekürzt sein kann. Mit der Vorlage muss aber auch jeder im Zusammenhang etwas anfangen können.

Herr Böhnke sagt, dass das Problem wird mitgenommen wird, und grundsätzlich – wahrscheinlich in der Beiko – geklärt werden muss.

Herr Schachtschneider ist der Meinung, dass das Problem mit den Unterlagen für die sachkundigen Einwohner geklärt werden muss.

Abstimmungsergebnis: Einzelabstimmung der Beschlusspunkte

Beschlusspunkt 1

- mehrheitlich zugestimmt

Der Nachtragshaushalt und das Haushaltskonsolidierungskonzept wurden separat abgestimmt.

1.1 Nachtragssatzung und Nachtragshaushalt

- einstimmig zugestimmt

9 x Ja-Stimmen
0 x Nein-Stimmen

1 x Enthaltung

1.2. Haushaltskonsolidierung

- **mehrheitlich zugestimmt**

5 x Ja-Stimmen
4 x Nein-Stimmen
1 x Enthaltung

Beschlusspunkt 2

- **einstimmig zugestimmt**

9 x Ja-Stimmen
0 x Nein-Stimmen
1 x Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Nachtragssatzung und den Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 sowie das Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale).
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Finanzierung des erforderlichen Nachfinanzierungsbedarfs in Höhe von 668.300 EUR – die kommunalaufsichtliche Genehmigung vorausgesetzt - Darlehen im Rahmen des Konjunkturprogramms II bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zu den angebotenen Konditionen aufzunehmen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für
Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09091**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Zur Weiterführung des „Lokalen Aktionsplanes Halle – Hallianz für Vielfalt“ beschließt der Stadtrat:

1. Die Einrichtung eines Projektfonds von mindestens 20.000 Euro ab 2011.
2. Die Benennung eines Ansprechpartners in der Stadtverwaltung für die Koordinierung

- lokaler Strategien zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieentwicklung.
3. Die jährliche Berichterstattung zur Erfüllung des „Lokalen Aktionsplanes“ im Stadtrat.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 7 Mitteilungen

Die Fortschreibung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung zu den Förderschulen wird durch die Verwaltung zurückgezogen. Es wird die Absicht erklärt, im November eine neue Vorlage einzubringen, die nur noch die Schließung der Förderschule Jägerplatz zum Inhalt hat. Am 6.10.2010 gab es dazu mit den verschiedenen Gremien (Schulelternrat, Schülerrat, Lehrervertreter, Stadt- und Schulelternrat sowie den Vertretern der Fraktionen) die Auftaktveranstaltung. Die Anhörung findet am 3. November statt.

zu 7.1 Bericht zum Übergangsmanagement Hort-Grundschule und Sprachstandsfeststellung in der KITA

vertagt

zu 7.2 Umsetzung Konjunkturpaket II

Herr Hildebrand informiert über die Umsetzung des Konjunkturpaketes II:

- Das Kommunale Bildungszentrum geht planmäßig voran.
- Das Projekt Turnhalle im Cantor Gymnasium läuft planmäßig, noch im diesem Jahr wird die Übergabe an das Gymnasium stattfinden.
- Die Lebenszyklusprojekte GS Diesterweg und GS Kröllwitz laufen planmäßig. Die Baugenehmigungen liegen bereits zum Teil vor. Es gibt noch ein kleines Problem mit der Baulasteintragung, diese konnte auf Grund von Krankheit der entsprechenden Mitarbeiter noch nicht vorgenommen werden.
- Für das Projekt Hort und Turnhalle Büschdorf wurde Bauverzug angezeigt, hierzu wurde eine Stellungnahme vom ZGM abgefordert. Im August erfolgte die Anzeige einer Kostenerhöhung, auch hierzu wurde eine Stellungnahme abgefordert.
- Im Wolff-Gymnasium wird die Wärmedämmung noch vollendet.
- Im Objekt Pestalozzi-Schule ist Fenstereinbau ordentlich erfüllt worden.

zu 7.3 Bericht des Rechtsamtes zur Definition Geschwisterkinder

Herr Dr. Willecke informiert über die Definition von Geschwisterkindern.

- Im Rahmen einer Verwaltungsvorschrift wurde eine Regelung für Geschwisterkinder aufgenommen.
- Was versteht man unter Geschwisterkindern? Das ergibt sich aus den §§ 1589 ff BGB.
- Die Definition Geschwisterkind des Rechtsamtes ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Dr. Sitte wundert sich, dass eine dritte Gruppe von Kindern offenbleibt, die Pflegekinder. Sie möchte wissen, wie die Pflegekinder behandelt werden, ob diese in die Gruppe der Geschwisterkinder zählen.

Frau Dr. Sitte findet es gut, dass die Möglichkeit besteht an der Anhörung zur Schließung der Förderschulen Jägerplatz als Stadtrat teilzunehmen und möchte wissen, ob es eine Möglichkeit gibt, im Vorfeld die Stellungnahmen einzusehen. Es wäre ausreichend, wenn man diese vielleicht im Internet einsehen könnte oder per Mail zugeschickt bekäme.

Herr Hildebrand sagt, dass die Stellungnahmen den Ausschussmitgliedern und den sachkundigen Einwohnern, sobald diese vorliegen, zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dr. Diaby bittet um eine erneute Behandlung des Themas Geschwister, wo abgegrenzt werden sollte, welcher Personenkreis damit gemeint ist.

Herr Senger erklärt, dass es ihm darum geht, dass die Kinder eines Haushaltes auch als Geschwisterkinder gezählt werden, um für die Eltern unnötige Wege zu vermeiden.

Herr Schachtschneider möchte wissen, um wie viel die Kosten für Turnhalle Büschdorf teurer geworden sind und warum! Er bittet um eine schriftliche Antwort die dem Protokoll beiliegt.

Herr Trömel möchte wissen warum der Bau in der GS Diesterweg noch nicht vorangeht und ob es Bauverzug gibt! **Ergänzung: Baugenehmigung wurde am 14.10.2010 erteilt.**

Herr Böhnke fragt nach wie groß der Verzug ist.

Herr Hildebrand antwortet, dass der Verzug momentan ca. 14 Tage beträgt, die Frage von Herrn Trömel wird mitgenommen um eine sachgerechte Antwort zu ermöglichen.

Herr Dr. Diaby fragt nach einem Zeitplan für die GS Frohe Zukunft, wann der Umzug der Grundschule in das Gebäude der ehemaligen Sekundarschule angedacht ist. Er spricht dabei den Brief des Schulelternrates an. Herr Dr. Diaby fragt ebenfalls nach dem Bauzustand/Bauverzug bei der Latina, die im Ausweichobjekt Rosengarten untergebracht ist.

Herr Böhnke informiert, dass das Schreiben des Schulleiternrates im Dezernat vorliegt und Herr Kogge einen Termin vor Ort wahrnehmen wird.

Herr Hildebrand sagt, dass das Problem nicht fremd ist. Der Schulleitung wurden im ehemaligen Sekundarschulgebäude 4 Klassenräume zur Verfügung gestellt. Es wurden Luftuntersuchungen durchgeführt. Im Haushalt 2011 sind bereits 300.000 € für die Herrichtung des ehemaligen Sekundarschulgebäudes eingestellt. Die Schule in freier Trägerschaft (Riesenklein) hatte im Sommer die Kündigung erhalten, diese wurde jedoch um 1 Jahr zurückgestellt. Ende des Schuljahres hat die Stadt Eigenbedarf an dem Objekt angemeldet. Konkrete Informationen werden dem Protokoll beigefügt.

Herr Böhnke sagt, dass keine Informationen zum aktuellen Bauzustand der Latina vorliegen, da es ein Landesbauprogramm ist. Die Verwaltung wird versuchen, die gewünschte Information zu beschaffen. Diese wird dann zusammen mit dem Protokoll verschickt.

Herr Senger spricht das Problem Förderschüler und Hortbetreuung an. Der Lebensbaum e.V ist an den Stadtelternrat herangetreten und bittet zu prüfen, ob es möglich ist unter denselben Bedingungen, wie an der Förderschule Lebensbaum, einen Hort in Halle-Neustadt zu errichten. Der Verein favorisiert als Ort die Helene Keller Schule. Der Verein hat den Stadtelternrat gebeten, diesen Vorschlag an die Stadtverwaltung heranzutragen.

Herr Böhnke bittet um eine konkrete schriftliche Zuarbeit. Daraufhin übergibt Herr Senger den Brief des Lebensbaum e.V.. Die Antwort soll direkt an den freien Träger erfolgen.

Herr Senger fragt nach dem Stand Franzigmark.

Herr Hildebrand informiert, dass die Beschlussvorlage zur Übertragung der Franzigmark an einen freien Träger in Arbeit ist. Der Weiterbetrieb der Ökoschule ist gesichert.

Herr Senger fragt nach dem aktuellen Stand der Gutachten für die Förderschüler für die individuelle Beförderung.

Herr Hildebrand antwortet, dass es noch keinen aktuellen Stand dazu gibt, da die Gutachtertätigkeit noch nicht abgeschlossen ist.

Herr Marquardt fand die Kündigung der GS Riesenklein kurz vor Beginn des Schuljahres nicht sehr gut und fragt nach dem Ausweichquartier für die Kreativitätsschule. Ebenso fragt er nach konkreten Vorstellungen zur Schaffung einer internationalen Schule in Halle.

Herr Hildebrand entgegnet, dass die Kündigung der GS Riesenklein durch das ZGM fristgemäß ausgesprochen wurde, diese war rechtskräftig, wurde aber nur für 1 Jahr aufgeschoben. Die Stadtverwaltung hat die Verantwortung für die Schüler der kommunalen Schulen.

Herr Hildebrand: Die Kreativitätsschule hat EFRE-Fördermittel bekommen und um Hilfe bei Suche nach dem Ausweichquartier gebeten. Die Stadt war bereit, diese Hilfe in der Rigaer Str. zu gewähren. Das Schulgebäude konnte nicht zur Nutzung für die Kreativitätsschule freigegeben werden. Die Stadt muss jetzt zusammen mit dem Bauordnungsamt eine Lösung finden, da das Gebäude jetzt brandschutztechnisch nicht den Vorschriften entspricht.

Herr Böhnke informiert, dass es zur internationalen Schule eine ausführliche Information als Anlage zum Protokoll geben wird.

Frau Meißner macht auf die schlechte Akustik in der Aula der BbS V aufmerksam und fragt, ob da Abhilfe geschafft werden kann.

Herr Hildebrand sagt, dass zur Anhörung im November eine Lautsprecheranlage aufgebaut wird.

zu 9 **Anregungen**

Herr Schachtschneider regt an, dass der nächste Bildungsausschuss in der GS Frohe Zukunft stattfinden sollte.

Herr Hildebrand widerspricht, da er davon ausgeht, dass das Interesse an diesem Ausschuss auf Grund der Beschlussvorlage Jägerplatz sehr groß sein könnte und dafür ein großer Raum reserviert werden sollte.

Herr Schachtschneider zieht den Antrag zurück und wird diesen für den Dezember wieder stellen.

Herr Trömel bittet in den künftigen Ausführungen zur Schließung der Förderschule Jägerplatz, in der Anhörung auf eine jugendgerechte Ausdrucksweise zu achten.

Herr Kneissl bedankt sich beim Stadtelternrat und der Stadtverwaltung für die Bildungsmesse, die mit ca. 2.500 Besuchern sehr gut angenommen wurde.

Herr Böhnke dankt im Namen von Herrn Kogge dem Stadtelternrat für die Ausrichtung der Bildungsmesse

Herr Hildebrandt hätte es gern gesehen, dass sich auch Nachhilfen auf der Messe hätten präsentieren können.

Herr Senger entgegnet, dass es das Hauptziel dieser Messe war, die Grundschüler und deren Eltern bei der Wahl des weiteren Bildungsweges zu unterstützen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.10.10

Jürgen Zschocke
Protokollführer

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender